Erscheint 6 mal wöchentlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einschl. 30 Pfg. bzw. 40 Pfg. Trägerlohn 1,70; durch die Post 1,70 einschließlich Postübermittlungsgebühr, zuzüglich 36 Pfg Post-Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg., die Sonnabend-, Sonntag- und Festtagnummer 20 Pfg.

Sächsische Volkszeitung

Nummer 91 — 35. Jahrg.

Verlagsort Dresden.
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 4 Pfg., für Familienanzeigen 3 Pfg.
Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Schriftleitung: Dresden-A., Pollerstr. 17, Fernruf 20711 u. 21013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag Th. und G. Winkel, Pollerstraße 17, Fernruf 21013,
Postscheck: Nr. 1285, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94767

Sonnabend, 18. April 1936

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, eintretender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Werbungtreibende keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden.

Generalstreik in Madrid ausgerufen

Umfangreiche Verhaftungen in Madrid

Wieder Tote und Verletzte bei Schießereien in der spanischen Hauptstadt

Madrid, 17. April.

Die marxistischen Gewerkschaften haben in Madrid aus Protest gegen die blutigen Zwischenfälle vom Donnerstag den Generalstreik ausgerufen.

Bei der Arbeitsaufnahme fehlten heute früh zunächst nur wenig Mitglieder des syndikalistischen Arbeiterverbandes C.N.T.

Da der bedeutend stärkere sozialdemokratische Arbeiterverband U.G.T. noch keine Streikparole ausgegeben hatte, war am frühen Morgen der Verkehr in der Stadt fast normal. Jedoch schloß sich der Arbeiterverband U.G.T. im Laufe des Vormittags dem Streik an. Bald wurden die Straßenbahnen und Kraftdroschken aus dem Verkehr gezogen und die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen zur Niederlegung ihrer Beschäftigung gezwungen. Starke Polizeiaufgebote sorgen für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Trotzdem rechnet man mit neuen Zwischenfällen.

•

Nach einem Feuerüberfall auf einen Leichenzug im Zentrum Madrids fanden an verschiedenen Stellen der Stadt neue Schießereien zwischen Kommunisten und der Polizei statt. Insgesamt wurden bisher drei Personen getötet und etwa 50 zum Teil so schwer verletzt, daß sich die Zahl der Todesopfer noch erhöhen dürfte. Allein bei dem Ueberfall auf den Trauerzug sollen nach Aussagen von einigen Augenzeugen, zu denen auch ein früherer Minister gehört, annähernd 800 Schüsse gewechselt worden sein.

Der Generaldirektor der spanischen Polizei ist im Zusammenhang mit den blutigen Zwischenfällen, die sich am Donnerstagnachmittag in Madrid ereigneten, von seinem Posten zurückgetreten.

Gleichfalls im Zusammenhang mit den Unruhen dürfte der Einzug des Ministers für öffentliche Arbeiten, Casares Quiroga, in das Innenministerium stehen. Quiroga zog am Donnerstag spät abends, vom Ministerpräsidenten begleitet, mit einer starken polizeilichen Leibwache ins Innenministerium ein. Es wird vermutet, daß Quiroga bis auf weiteres auch den Posten des Innenministers übernehmen soll, da der bisherige Innenminister infolge seines angegriffenen Gesundheitszustandes den augenblicklichen Anforderungen nicht gewachsen ist. Casares Quiroga war bereits unter der ersten Regierung Azana 2 Jahre lang Innenminister. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit dürfte vom nächsten Ministerrat gefällt werden.

Im Zusammenhang mit dem blutigen Zwischenfall am Donnerstag in Madrid verhaftete die Polizei 170 Personen, zum größten Teil Mitglieder der spanischen faschistischen Partei (Falange) sowie 74 Arbeiter des Neubaues, von dem aus angeblich auf den Trauerzug geschossen worden sein soll.

Die marxistischen Arbeitergewerkschaften veröffentlichen eine Bekanntmachung, in der sie gegen die „faschistische Herausforderung" Verwahrung einlegen und Maßnahmen zum „Selbstschutz" ankündigen, falls die Regierung ihr Versprechen, mit aller Entschiedenheit durchzugreifen, nicht halten sollte.

Blutige Zusammenstöße in Lemberg

Bisher 8 Tote und 60 Verwundete

Lemberg, 17. April. In Lemberg ist es am Donnerstag zu außerordentlich schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Mitgliedern der Arbeitergewerkschaften gekommen. Die Unruhen entstanden bei der Beerdigung eines am Dienstag bei einer Arbeitslosenkundgebung durch einen Polizeibeamten erschossenen Demonstranten.

Die Gewerkschaften versuchten, entgegen der Vereinbarung mit der Polizei, einen Demonstrationszug durch Straßen zu veranstalten, die von der Behörde für den Aufmarsch nicht freigegeben worden waren. Die Polizei wurde daher eingesetzt, um die Demonstranten zu zerstreuen. Dabei wurde sie von der Menge tätlich angegriffen und mußte schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bisher werden 8 Tote und 60 Verwundete gemeldet.

Die Unruhen entstanden zunächst dadurch, daß etwa 8000 Personen, die sich zur Beerdigung eines am 14. d. M. bei einem Zusammenstoß mit der Polizei erschossenen Arbeitslosen versammelten, gewaltsam die Beisetzung auf einem anderen Friedhof zu erzwingen suchten und tatsächlich auch erzwangen. Mehrmals kam es dann an mehreren Stellen zu Kämpfen mit Polizeiabteilungen, die von der Menge mit Revolverschüssen und Steinwürfen angegriffen wurden. Vereinzelt wurde auch der Versuch gemacht, mit Hilfe umgestürzter Straßenbahnwagen eine Barrikade zu errichten. Der größte Teil der demonstrierenden Menge zerstreute sich in der Stadt und begann in größeren Trupps Plünderungen von Geschäftslokalen und Wohnungen. Ein größeres Holzlager wurde in Brand gesteckt, und die Feuerwehr wurde an der Löschung gewaltsam verhindert. In den späten Abendstunden wurde die Ruhe in Lemberg wiederhergestellt. Im Laufe der Nacht wurde eine Reihe von Ruhestörern verhaftet, zumeist Kommunisten, bei denen Waffen gefunden wurden. Polnische Blätter heben hervor, daß hier ebenso wie vor einiger Zeit in Krakau die sozialistischen Gewerkschaftsführer die Leitung der Massen verloren und daß an ihre Stelle Kommunisten traten, die die Massen zu den schweren Ausschreitungen aufhetzten.

Europäischer Wirtschaftsfriede?

Es klingt wie eine verlegene Ausrede, wenn die Restlocarnomächte in ihrer Denkschrift vom 20. März einer europäischen Konferenz die Aufgabe stellten, neben einem System der kollektiven Sicherheit und der Rüstungsbeschränkung „internationale Vereinbarungen zum Zwecke der Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und der Aufrichtung des Handels zwischen den Nationen" zustandezubringen. Hier wird die alte französische Tendenz deutlich sichtbar, etwaige künftige europäische Verhandlungen so sehr mit Aufgaben und Lösungen zu belasten, daß sie schon im Keime unfruchtbar werden müssen. Der deutsche Friedensplan ist aber auch an diesem Punkte des Memorandums nicht achtlos vorübergegangen und hat die deutsche Bereitschaft betont, an den Versuchen eines Wiederaufbaues des europäischen Wirtschaftsaustausches Anteil zu nehmen, aber erst, nachdem die politischen Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben. Das lag aber keineswegs im Sinne der französischen Politik, und der französische Gegenplan vom 9. April versucht denn auch eine enge Verbindung herzustellen zwischen den „politischen Dispositionen" und den Vorschlägen zu einem europäischen „Wirtschaftsfrieden". Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß in diesen Kapiteln die Ideen des Briandschen Europamemorandums vom Jahre 1930 wieder aufgewärmt worden sind. Ebenso wie damals steckt hinter der wirtschaftspolitischen Konzeption des Quai d'Orsay die deutliche Tendenz, eine wirtschaftliche Hilfsstellung für politische Bestrebungen zu schaffen und die Vorteile der französischen wirtschaftspolitischen Lage restlos auszunutzen. Es handelt sich teilweise um alte, längst bekannte Parolen, die auf allen Wirtschaftskonferenzen immer von neuem aufgetaucht sind, ohne daß sie bisher der Verwirklichung auch nur einen Schritt näher geführt worden sind. Jede der sogenannten Weltwirtschafts- und sonstigen Konferenzen hat mit grundsätzlichen Forderungen geschlossen, die in feierlichen Entschließungen fixiert wurden, ohne daß sich auch nur ein einziger Konferenzteilnehmer daran gehalten hätte. Am seltsamsten aber mutet es an, daß diese Forderungen gerade von einem Lande gestellt werden, das wie kein anderes durch seine Wirtschafts- und Handelspolitik bis heute den zwischenstaatlichen Warenverkehr erschwert hat.

Da werden beispielsweise europäische Zollunionen gefordert. Wer erinnert sich dabei nicht des erbitterten Widerstandes von seiten Frankreichs gegen den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, der schließlich auch zu Fall gebracht wurde? Weiter wird gefordert, daß Währungsschwankungen und Verknappung des internationalen Kredits bekämpft werden müßten. Ein sehr richtiger Gedanke! Ist es aber nicht gerade Frankreich, das durch die Unsicherheit seiner Währungsverhältnisse eine dauernde Unruhe auch in die Geldsysteme anderer Staaten hineinträgt? Verfügt nicht gerade Frankreich über riesige Kapitalsummen, die es ungenutzt und unproduktiv in den Kellern der Notenbank liegen läßt, während sie in zahlreichen Gebieten der Welt dringend für produktive Zwecke benötigt werden? Frankreich hat die große Chance, mit seinem Kapitalreichtum einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft zu leisten, ungenutzt gelassen. Auch heute noch weist genau so wie in der Zeit vor dem Kriege das politische Bündnissystem dem französischen Kapital den Weg. Dieser enge Zusammenhang von Wirtschaft und Politik hat sich immer wieder in unheilvoller Weise ausgewirkt. Trotz des heftigen Widerspruchs weiter französischer Sparerkreise, die die schlechten Erfahrungen mit den russischen Vorkriegsschulden noch nicht vergessen haben, werden Sowjetrußland gegenüber neue Verpflichtungen eingegangen. Die Zerstörung des internationalen Kreditwesens ist aber auch noch auf andere Weise erfolgt, und zwar durch die rücksichtslose Eintreibung der Reparationsschulden.

Andere Vorschläge des französischen Planes würden die gegenwärtigen Schwierigkeiten des internationalen Handels nicht erleichtern, sondern eher weiter erschweren. Das gilt vor allem von dem vorgeschlagenen Warenaustausch-Gerichtshof, der die Kündigung von Handelsabkommen und den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern verhindern soll. Welch eine komplizierte und verwickelte Methode! Warenaustausch kann niemals erzwungen werden. Die Formen des internationalen Handels sollen so einfach wie nur möglich sein. Um die zahlreichen Hindernisse, wie Zollmaßnahmen und protektionistische Methoden wieder zu beseitigen, bedarf es vor allem stabiler Währungsverhältnisse, die gegenwärtig gerade in Frankreich am stärksten vermißt werden. Die Heranziehung des Konventionsentwurfes vom Jahre 1931 dürfte kaum geeignet sein, die Mißbräuche des mittelbaren oder unmittelbaren Protektionismus zu ver-

Zur Beisetzung des Botschafters v. Hoesch

König Eduard läßt sich durch den englischen Botschafter in Berlin bei der Trauerfeier vertreten

Sonnabendvormittag Ueberführung der Leiche vom Neust. Bahnhof nach der Trinitatiskirche

Dresden, 17. April.

Die Leiche des verstorbenen Londoner Botschafters von Hoesch trifft am Freitagnachmittag auf dem Neustädter Bahnhof ein. Sie wird dort in einen mit würdigem Trauerschmuck ausgestatteten Raum getragen, wo sie bis Sonnabendmorgen verbleibt. Am Sonnabend um 10.30 Uhr vormittags wird der Sarg auf eine Lafette der Wehrmacht gehoben. Anschließend formiert sich der Zug der Trauergäste vom Neustädter Bahnhof zur Trinitatiskirche, wo um 12 Uhr die Haupttrauerfeier stattfindet. Der Zug bewegt sich durch die Antonstraße über den Albertplatz und die Albertbrücke, den Sachsenplatz, Sachsenallee, Gerokstraße nach der Trinitatiskirche.

Wie wir hierzu noch erfahren, wird der britische Botschafter in Berlin als persönlicher Vertreter des englischen Königs der Trauerfeier beiwohnen. Außer Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und Staatssekretär Bülow werden noch die Ministerialdirektoren Dr. Dieckhoff, Dr. Freiherr von Grünau, Gaus und Ritter vom Auswärtigen Amt an der Beisetzungsfeier teilnehmen.

Erdbeben in Epirus

Athen, 17. April. Durch ein Erdbeben wurden am Donnerstagabend drei Dörfer, die zwei Wegstunden von der Stadt Janina entfernt liegen, zerstört. Die Bevölkerung verbrachte die Nacht unter freiem Himmel.

Günstige Antwort Englands auf die türkische Meerengennote

London, 17. April.

Die britische Regierung hat am Donnerstag die Forderung der Türkei nach einer Revision der Lausanner Vertragsbestimmungen über die Entmilitarisierung der Dardanellen beantwortet. Nach Mitteilungen der Morgenpresse ist die Antwort, die dem türkischen Botschafter in London überreicht wurde, günstig ausgefallen.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, wird in der englischen Note zunächst darauf hingewiesen, daß die Regierungen der britischen Dominien um ihre Stellungnahme befragt werden müßten. Die britische Regierung selbst stehe auf dem Standpunkt, daß die türkischen Vorschläge eine Erörterung ohne Aufschub verdienten.

Demonstration zweier italienischer Bomber über Addis Abeba

Addis Abeba, 17. April.

Aus den Wolken, die heute in aller Frühe den Himmel über Addis Abeba bedeckten, schossen zwei italienische Bombenflugzeuge auf die Stadt herab. Sie umflogen Addis Abeba und feuerten während der ganzen Zeit große Raketen ab, die in den italienischen Farben aufsprühten, Riesenspiralen am Himmel bildeten und sich dann als Fallschirme langsam auf die Stadt niedersenkten.

Die Flugzeugschützen probierten mehrere Male durch Schüsse, die sie in die Luft abgaben, ihre Maschinengewehre aus.

SLUB
Wir führen Wissen.